



OTTO VON GUERICKE
UNIVERSITÄT
MAGDEBURG

GSE

FAKULTÄT FÜR GEISTES-,
SOZIAL- UND ERZIEHUNGS-
WISSENSCHAFTEN

Sascha Bock:

**SchülerInnen an berufsbildenden Schulen als
Täter und Opfer von Gewalt im Land Sachsen-
Anhalt – Ein Überblick in 6 Thesen.**

Hrsg. von Prof. Dr. Dietmar Frommberger
Heft 3 | 2010
ISSN 1865-2247

Herausgeber:

Prof. Dr. Dietmar Frommberger

Lehrstuhl für Berufspädagogik

Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften

Institut für Berufs- und Betriebspädagogik

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Zschokkestraße 32

D-39104 Magdeburg

Telefon: +49-(0)391-67-16625

Telefax: +49-(0)391-67-16562

E-Mail: dietmar.frommberger@ovgu.de

Quelle/ Zitationshinweis:

Bock, S. (2010). SchülerInnen an berufsbildenden Schulen als Täter und Opfer von Gewalt im Land Sachsen-Anhalt – Ein Überblick in 6 Thesen. In: Frommberger, D. (Hrsg.), *Magdeburger Schriften zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, Heft 3. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Online Zugriff unter:

http://www.ibbp.uni-magdeburg.de/inibbp_media/downloads/bp/Heft3_2010.pdf

© Copyright

Die in der Reihe *Magdeburger Schriften zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik* erscheinenden Veröffentlichungen sind einschließlich Graphiken und Tabellen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Microverfilmungen und Einspeicherung auf elektronischen Datenträgern.

Abstract

Spektakuläre Fälle der Gewalt an Schulen haben die Aggression und Delinquenz junger Menschen zu einem zentralen Thema der öffentlichen Diskussion und Politik gemacht. Vielfältige Formen der Gewalt in der Schule sind häufig Gegenstand von Forschung und öffentlicher Debatte gewesen. Dabei ist strittig, welche Ausmaße sie einnehmen, wie die Entwicklung verläuft und welche Ursachen dafür heranzuziehen sind.

In einer Studie an berufsbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt, die im Rahmen einer wissenschaftlichen Hausarbeit zum 1. Staatsexamen für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen durchgeführt worden ist, wurde Licht in die Datenlage gebracht. Die Untersuchungsziele der empirischen Studie bestanden darin, zuverlässige Daten über die Art und Häufigkeit gewalttätigen Verhaltens von SchülerInnen zu ermitteln sowie daraus Schlüsse auf das Täterpotenzial zu ziehen. Anschließend wurden geeignete Präventions- und Interventionsmaßnahmen für die berufsbildenden Schulen vorgestellt.

Das Ergebnis der Studie hat aufgezeigt, dass nicht schwerwiegende Gewaltdelikte, wie die massenmediale Berichterstattung suggerieren möchte, im Vordergrund von gewalttätigem und aggressivem Schülerverhalten stehen. Vielmehr werden von den SchülerInnen verbale und nonverbale psychische Aggression frequentiert, die aber nicht minderschwer zu bewerten sind. Denn gerade diese Form von Gewalt wird unterschätzt, da sie nicht immer öffentlich wahrgenommen wird.

Bezeichnend ist das Ergebnis, dass in allen Schulformen der berufsbildenden Schulen eine hohe Fremdenfeindlichkeit herrscht. Hier müssen die berufsbildenden Schulen und das Land Sachsen-Anhalt noch stärker mit geeigneten Maßnahmen der Entwicklung entgegenwirken. Die empirische Studie hat aufgezeigt, dass an einzelnen Schulformen und in bestimmten Schülergruppen besonders häufig gewalttätiges Verhalten, vor allem psychische Gewalt, gegenüber anderen SchülerInnen in der Klasse oder der Schule Anwendung findet. Umso mehr muss den SchülerInnen ein Verständnis vom friedfertigen und gewaltfreien Miteinander vermittelt werden.

SchülerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr und den Berufsgrundbildungsjahren sind besonders häufig von sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen betroffen. Dies spiegelt sich offenbar im Gewaltverhalten wieder. Sie müssen daher besonders im Prozess der beruflichen Integration unterstützt werden, um die Optimierung der

individuellen Chancen herbeizuführen und somit einen Lebensweltbezug zu schaffen. Jugendliche im Prozess der Berufsfindung und des Berufeinstieges sind auf Hilfen angewiesen, um den Übergang von der Schule in das Berufsleben erfolgreich zu gestalten.

Sascha Bock: Schülerinnen an berufsbildenden Schulen als Täter und Opfer von Gewalt im Sachsen-Anhalt – Ein Überblick in 6 Thesen.

Inhaltsübersicht

1 Einleitung	3
2 Je schwerer die Gewalthandlungen sind, desto seltener treten sie auf und umgekehrt.....	6
3 Weniger physische Härte, sondern verbale Attacken prägen den Schulalltag an berufsbildenden Schulen.	9
4 Am wenigsten sind SchülerInnen aus den Berufsschulen und am häufigsten aus dem Berufsvorbereitungsjahr sowie den Berufsfachschulen Opfer von aggressiven und gewalttätigen Übergriffen.....	12
5 Über 58 Prozent aller befragten SchülerInnen beobachteten rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen in den berufsbildenden Schulen.	13
6 „Happy slapping“, die neue Gefahr für die berufsbildenden Schulen.	13
7 Vier geeignete Interventions- und Präventionsprojekte müssen der angespannten Gewaltlage entgegenwirken - Handlungskonzepte zur Gewaltprävention.....	14
7.1 Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt.....	15
7.2 Das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“	16
7.3 Schulsozialarbeit als Mittel zum Erfolg	16
7.4 Mediation in der schulischen Arbeit	18
Literatur.....	21

1 Einleitung

Spektakuläre Fälle der Gewalt an Schulen und Jugendliche mit zahlreichen Straftaten haben die Aggression und Delinquenz junger Menschen zu einem zentralen Thema der öffentlichen Diskussion und Politik gemacht. Dabei werden oft verschiedene Phänomene pauschal unter dem Gewaltbegriff zusammengefasst, zu sehr monokausale Erklärungen favorisiert, zu einseitig einzelne Datenquellen verwendet und andere unangemessene Vereinfachungen vorgenommen.

Das aggressive und delinquente Verhalten junger Menschen nehmen viele Bürger mit großer Besorgnis wahr. Fälle von schwerster Gewalt an Schulen, massive Ausschreitungen in Gruppen und jugendliche Straftäter mit einer Vielzahl von Delikten sind in den Massenmedien groß herausgestellt worden. Sie prägen in der Öffentlichkeit das Bild einer höchst aggressiven und delinquenten Jugend. Damit wird ein Thema aufgegriffen, das seit Jahren in der öffentlichen Diskussion steht und intensiv und kontrovers beäugt wird: Aggressionen und Gewalt an Schulen. Auch wenn die rasant zunehmende Zahl öffentlicher Presseberichte zu dieser Thematik den Eindruck vermitteln, als sei Aggression und Gewalt an Schulen etwas Neues, ist nach genauerer Betrachtung zu erkennen, dass die Problematik zu verschiedenen Zeiten mit unterschiedlicher Intensität und Akzentsetzung diskutiert wurde.

Vielfältige Formen der Gewalt in der Schule sind immer Gegenstand von Forschung und öffentlicher Debatte gewesen. Dabei ist strittig, welche Ausmaße sie einnehmen, wie die Entwicklung verläuft und welche Ursachen dafür heranzuziehen sind. Insbesondere ist die Frage relevant, ob die Institution Schule durch Schulklima und Notengebung etc. auch Gewalt mitverursacht oder ob die Schule „nur“ der Ort ist, der die Gelegenheit zur Gewalt bietet.

Steigende Risiken und Instabilitäten kennzeichnen seit Jahren den Übergang sozial beeinträchtigter Jugendlicher oder SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf in eine berufliche Erstausbildung. Die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt erschwert den Wechsel dieser Jugendlichen nach Ende der Sekundarschule direkt in eine attraktive Ausbildung. Eine Ausbildungsplatzkonstellation, die den Wünschen und anthropogenen sowie soziokulturellen Anforderungen der SchulabgängerInnen entgegensteht, erfordert hohe Anpassungsleistungen und steigert die Unzufriedenheit. Das hierin enthaltende Konflikt- und Aggressionspotenzial mindert die Leistungsbereitschaft und stärkt bei den SchülerInnen die Abbruchtendenzen (vgl. Kohlmeier, 2003, S. 47).

Häufig sind Problemkonstellationen in Familien, deren Kinder ohne Berufsausbildung bleiben, überdurchschnittlich hoch: Familiäre Konflikte oder der Verlust eines Elternteils, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Aggressionen, Sucht- oder Kriminalitätserfahrungen stellen unüberwindbare Diskrepanzen für die SchulabgängerInnen dar (vgl. BMBF, 2005, S. 15; vgl. Fuchs et al., 2009, S. 174 f.).

Berufsorientierung und Berufsausbildung sind Stationen perspektiv- und biographiebildender Weichenstellungen für junge Menschen. Die Entwicklungsprozesse, die auf Identitätsfindung

und das Finden des eigenen Platzes in der Gesellschaft zielen, können sich erst in dem Alter ausformen, in dem junge Menschen eine berufliche Ausbildung durchlaufen. Die Berufsausbildung ist für diese Jugendlichen die einzige formale Instanz, die auf solche entscheidenden Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung noch gezielt Einfluss nehmen kann. Berufsbildung besitzt somit auch eine erzieherische, persönlichkeitsentwickelnde Verantwortung, die angesichts der Gewaltproblematik der Jugendlichen noch sehr viel mehr gefordert ist.

Prävention und Intervention sollte aufgrund von Forschungsergebnissen an der Lernkultur und dem Sozialklima der Schulen ansetzen (vgl. Klewin et al., 2006, S. 203; Meier, 2003, S. 214 ff.; Tillmann et al., 1999, S. 217 & 232). Eine anspruchsvolle Kombination von Prävention und Intervention scheint notwendig.

In einer der ersten empirischen Studien an berufsbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt wurde Licht in die angesprochene ungenügende Datenlage gebracht. Die Untersuchungsziele der empirischen Studie bestanden darin, zuverlässige Daten über die Art und Häufigkeit gewalttätigen Verhaltens von SchülerInnen zu ermitteln sowie daraus Schlüsse auf das Täterpotenzial zu ziehen. Dafür wurde nach wahrgenommenen Gewalthandlungen und selbst durchgeführten Gewalthandlungen gefragt sowie danach, wie oft SchülerInnen Opfer von aggressivem und gewalttätigem Verhalten wurden. Zur Realisierung dieses Forschungsvorhabens wurden im Land Sachsen-Anhalt an vier berufsbildenden Schulen mit insgesamt 6 Standorten in Aschersleben, Magdeburg sowie Staßfurt 35 Klassen in die Erhebung einbezogen. Dabei stand die Repräsentativität der Schulformen im Vordergrund, unter Beachtung der Grundgesamtheit der SchülerInnen an den einzelnen Schulformen. Aus schulorganisatorischen Gründen konnten keine SchülerInnen aus den Fachschulen an der Untersuchung teilnehmen.

Bei der angewandten Stichprobe handelt es sich um eine Zufallsstichprobe. Dabei wurden als Basis der Stichprobe Schulklassen ausgewählt. Dazu wurden die Schulklassen explizit nach der Schulform getrennt, um eine Schichtung der Stichprobe vorzunehmen. Dies geschah vor dem Hintergrund, eine Annäherung an die Grundgesamtheit zu erreichen sowie die Repräsentativität zu berücksichtigen. Durch die Einbeziehung der einzelnen Schulformen konnten nicht nur ein weites Altersspektrum¹, sondern auch unterschiedliche

¹ Das Altersspektrum liegt im Intervall zwischen 15 und 32 Jahren und der Mittelwert bei 17 Jahren.

Entwicklungsstadien der SchülerInnen einbezogen werden. Dies erforderte eine hinreichend große Stichprobe. Die auf diesem Wege realisierte Stichprobe hatte einen Umfang von $n = 482$ SchülerInnen. Die schriftliche Erhebung wurde im Klassenverband in der regulären Unterrichtszeit durchgeführt. Je nach Schulform wurden für das Ausfüllen des Fragebogens zwischen 20 bis 35 Minuten benötigt. Vor dem Austeilen der Fragebögen wurde der Sinn und Zweck des Untersuchungsvorhabens geschildert und auf die Freiwilligkeit der Teilnahme sowie die auf Wahrung der Anonymität hingewiesen. Damit war ein wesentlicher Bestandteil für eine wahrheitsgemäße Beantwortung der Fragen verbunden. Der Fragebogen enthielt neben ausführlichen Instruktionen auch klare Itemformulierungen. Die einzelnen Skalen wurden so formuliert, dass zu gleichen Teilen Itembejahungen und Itemverneinungen für das Vorhandensein des Merkmals sprachen.

Zur Operationalisierung der theoretischen Konstrukte, also der „Zuordnung empirisch beobachtbarer Phänomene zu theoretischen Begriffen“ (Kriz et al., 1988, S. 192), wurde auf bewährte Instrumente der schulischen Sozialisation zurückgegriffen und z. T. neu entwickelt. Die gebildeten Operationalisierungen sind für wahrgenommene Gewaltformen und für den Täterselbstreport vorgenommen worden.

2 Je schwerer die Gewalthandlungen sind, desto seltener treten sie auf und umgekehrt.

Durch zahlreiche empirische Studien an allgemein bildenden Schulen wurde festgestellt, dass unter den schulischen Gewaltphänomenen die verbale Aggression dominiert, während extreme physische Gewalttaten eher selten auftreten. Basierend darauf kann man feststellen, dass je schwerer die Gewalthandlungen sind, desto seltener treten sie auf und umgekehrt. Dieses Phänomen wird durch die folgende Analyse bestätigt.

Zu den einzelnen schulischen Gewalthandlungen wurden entsprechende Oberbegriffe gebildet, die die einzelnen Stellvertreter-Items veranschaulichen. Dabei wurden diejenigen Items zur Analyse herangezogen, die die jeweiligen Oberbegriffe besonders gut repräsentieren. Entsprechend den gebildeten Oberbegriffen wurde eine Rangfolge der Gewaltformen gebildet, die von SchülerInnen in den letzten 12 Monaten an ihrer berufsbildenden Schule beobachtet wurden. Dabei wurden in die Auswertung nur aufgeführte Gewaltformen aufgenommen, die von den SchülerInnen alle paar Monate beobachtet wurden.

Dabei bestätigt sich die Annahme, dass verbale Aggressionen (60,12 %) an der Spitze von schulischen Gewalthandlungen stehen. Mit einem signifikanten Abstand folgen leichte körperliche Auseinandersetzungen (38,22 %), Vandalismus (19,01 %) sowie ernsthafte Prügeleien (11,16 %). Eine Minderheit an SchülerInnen hat in den letzten 12 Monaten schwere Delikte wie Erpressung (4,55 %), sexuelle Belästigung (4,13 %) sowie Angriffe mit Waffen jeglicher Art (2,69 %) wahrgenommen. Auch die Differenzierung zwischen leichten körperlichen Auseinandersetzungen und ernsthaften Prügeleien bei körperlichen Aggressionen ist bemerkenswert. Während leichte körperliche Auseinandersetzungen eher ein alltägliches, latent gewalttätiges Verhalten ist, kommen ernsthafte Prügeleien signifikant weniger vor. Der Übergang zwischen beiden Gewalthandlungen ist fließend und oftmals kaum zu unterscheiden.

Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass an berufsbildenden Schulen eher selten aggressive und gewalttätige Handlungen von SchülerInnen beobachtet werden und vorkommen. Dieser Befund für die Gesamtstichprobe schließt aber nicht aus, dass es an bestimmten Schulstandorten oder in bestimmten Schülergruppen eine höhere Beobachtungshäufigkeit gibt. Dabei spielen das Geschlecht der SchülerInnen oder die besuchte Schulform eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund wurde eine geschlechtsspezifische und schulformabhängige Analyse der Gesamtstichprobe vorgenommen.

Mädchen (51,39 %) nehmen ebenso wie Jungen (67,67 %) verbale Aggressionen am häufigsten wahr, gefolgt von leichten körperlichen Auseinandersetzungen (Mädchen 31,94 % und Jungen 43,61 %) sowie Vandalismus und Prügeleien. Dagegen werden schwere Delikte weniger häufig beobachtet und berichtet. Einzig beim Tatbestand der Erpressung haben Mädchen dieses Verhalten häufiger beobachtet als Jungen.

Die Befunde zu allen aufgeführten Gewaltformen weisen eine deutlich höhere Wahrnehmungshäufigkeit von Jungen auf. Dies kann darin begründet sein, dass Jungen stärker in gewalttätige Handlungen involviert sind als Mädchen und dadurch auch mehr Gewalt in Ihrer Umwelt beobachten. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass Mädchen sensibler auf Gewalt reagieren.

Eine Differenzierung der wahrgenommenen Gewaltformen (Abb. 1) nach der Schulform ergab folgende Betrachtung. SchülerInnen aus den Berufsschulen haben die wenigsten

aggressiven und gewalttätigen Schülerhandlungen im Beobachtungszeitraum von 12 Monaten wahrgenommen. Im Bereich der Vollzeitschulformen sind die Differenzen bei verbalen Aggressionen und Spaßkämpfen recht gering ausgefallen. Erst bei schweren Aggressions- und Gewalthandlungen wie Rassismus, Vandalismus, Prügeleien, Erpressungen usw. ist eine eindeutige Tendenz dahingehend zu erkennen, dass die meisten Gewalthandlungen von SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr wahrgenommen werden. Es ist zu beachten, dass die Wahrnehmungshäufigkeit von rassistischen Äußerungen in allen Schulformen sehr hoch ist. Summiert man die einzelnen prozentualen Werte bezüglich der Schulform, ergibt sich eine eindeutige Hierarchie der häufigsten Wahrnehmungen von Aggressions- und Gewalthandlungen differenziert nach der Schulform. Dabei bestätigt sich die Annahme, dass die meisten wahrgenommenen Gewaltformen von SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr beobachtet werden, gefolgt von SchülerInnen aus den Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsvorbereitungsjahr und den Fachgymnasien.

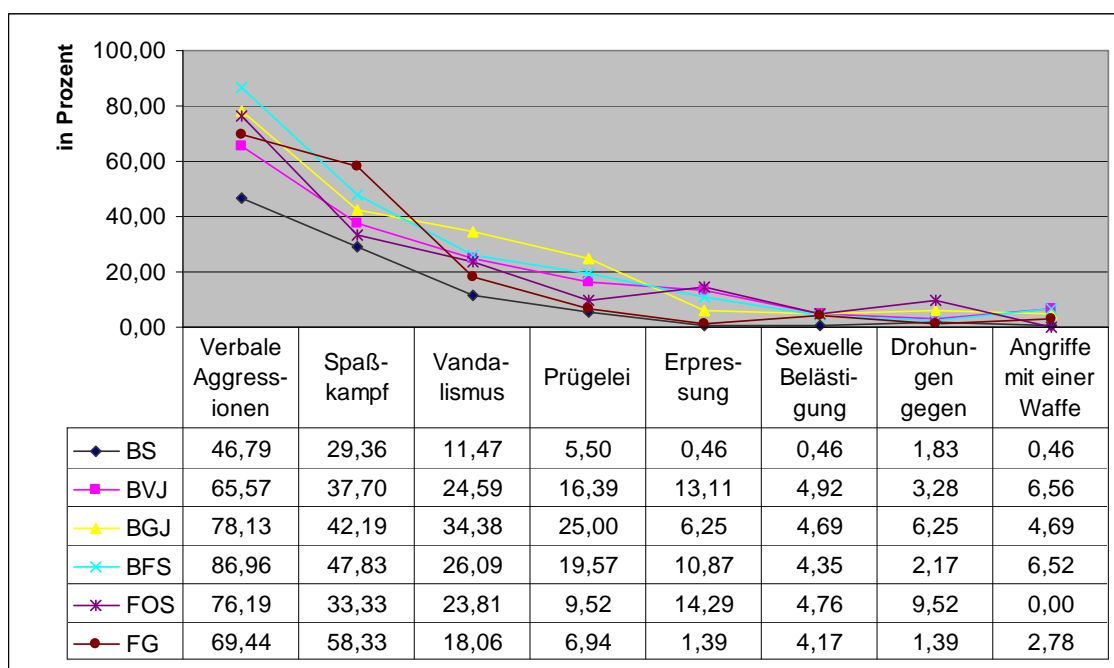


Abbildung 1: Wahrgenommene schulische Gewaltformen differenziert nach Schulform (eigene Darstellung).

3 Weniger physische Härte, sondern verbale Attacken prägen den Schulalltag an berufsbildenden Schulen.

Zur Ermittlung der Art und Häufigkeit von aggressiven und gewalttätigen Handlungen wurden in einem Täterselbstreport die SchülerInnen zu verschiedenen Items befragt. Die Befunde aus den Täterselbstreporten zeigen, dass an der Spitze der selbst berichteten gewalttätigen Handlungen nicht etwa spektakuläre Gewalttaten stehen, sondern psychische Gewalthandlungen wie Hänseleien und Beschimpfungen von SchülerInnen. Dies verdeutlicht, dass eher psychische Aggressionen den Schulalltag an berufsbildenden Schulen bestimmen. Fast 40 % der befragten SchülerInnen gaben an, in den letzten 12 Monaten solche Handlungen in die Tat umgesetzt zu haben. 25 % der befragten SchülerInnen gaben sogar an, mehrmals im Monat andere SchülerInnen zu hänseln oder sich über sie lustig zu machen. Physische Gewalthandlungen stehen eher im Hintergrund von gewalttätigen Handlungen. Hier gaben nur ca. 4 % der Befragten an, in den letzten 12 Monaten sich mit anderen in der Schule oder auf dem Schulweg geprügelt zu haben. Die Ausführungen vandalistischer Handlungen, wie das mutwillige Zerstören von Sachen (4,13 %) und das Beschädigen von Schulinventar, werden im Verhältnis zu psychischen Aggressionen in eher geringerem Ausmaß begangen. Ein signifikanter Unterschied ergab sich bei zwei Items vandalistischer Handlungen. Zwischen dem Item „In der Schule mutwillig etwas beschädigt.“ zu haben und „Einen Automaten aufgebrochen und Waren entwendet.“ liegen 5 Prozentpunkte. Dabei trat das erste Item mit 1,45 % und das zweite mit 6,61 % in Erscheinung. Dies lässt die Vermutung zu, dass das Aufbrechen eines Automaten und das Entwenden von Sachen in der Schule oder auf dem Schulweg bei den SchülerInnen eher als Straftat angesehen wird, als das mutwillige Beschädigen von Sachen in der Schule, was einer Sachbeschädigung gleichkommt und auch eine Straftat ist.

Dieser grobe Überblick über aggressives und gewalttätiges Schülerverhalten an berufsbildenden Schulen zeigt, dass nicht etwa spektakuläre Schlägereien im Vordergrund stehen, sondern psychische Gewalthandlungen, die sich verbal oder nonverbal in Hänseleien, Beschimpfungen gegen SchülerInnen sowie Provokationen gegen LehrerInnen äußern. Diese können schwerwiegende Folgen für die betroffenen SchülerInnen haben, bis hin zu einer veränderten Persönlichkeitsentwicklung, die in der Adoleszenz noch nicht abgeschlossen sind. Zum Ausmaß des selbstberichteten Gewaltverhaltens ist generell festzuhalten, dass dieses nur eine kleine Minderheit von SchülerInnen betrifft, die die vorgegebenen Handlungen häufiger ausführen. Dies scheint im ersten Augenblick einen positiven Blick auf die berufsbildenden

Schulen zu werfen. Doch es ist nicht auszuschließen, dass es an bestimmten Schulstandorten, Schulformen oder in einzelnen Schülergruppen zu einer massiven Konzentration von aggressivem und gewalttätigem Verhalten kommt und dadurch eine ernstzunehmende Problemlage für alle Beteiligten besteht. Aus diesem Grund wird im Folgenden weiter ausdifferenziert.

Dem Besuch einer Schulform an den berufsbildenden Schulen und dem damit verbundenen schulischen bzw. beruflichen Abschluss kommt eine besondere Bedeutung zu. Dies kann nicht nur auf die Chancengleichheit im beruflichen Leben sondern auch auf die zukünftige Lebensgestaltung Einfluss nehmen und somit einer Selektionsfunktion entsprechen. Dies heißt, dass ein höherer Schulabschluss bzw. Berufsschulabschluss und die damit verbundene Schulform auf die zukünftige Lebensgestaltung und den sozialen Stand in der Gesellschaft Auswirkung haben kann. Daher kann die Annahme getroffen werden, dass sich die schlechteren beruflichen und sozialen Zukunftsaussichten in aggressivem und gewalttätigem Verhalten der SchülerInnen widerspiegeln. Ausgehend von dieser Annahme wurde eruiert, ob ein Zusammenhang zwischen aggressivem gewalttätigen Verhalten und der Schulformen besteht. Dazu wurde die Gesamtstichprobe entsprechend der Schulformen an berufsbildenden Schulen unterteilt.

Ausgehend davon zeigt sich für die physischen Gewalthandlungen, dass in der Summe am häufigsten SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr, gefolgt vom Berufsvorbereitungsjahr an körperlichen gewalttätigen Handlungen beteiligt sind, während an Berufsschulen die geringste Gewaltbelastung zu verzeichnen ist. So belästigten oder drohten über 10 % der SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr andere SchülerInnen in der Schule oder auf dem Schulweg innerhalb der letzten 12 Monate mindestens alle paar Monate. Im Mittelfeld stehen SchülerInnen aus den Berufsfachschulen sowie Fachoberschulen.

Im Gesamtblick lässt sich aber feststellen, dass körperliche Gewaltdelikte mit knapp 10 % eher zu den weniger häufig auftretenden Delikten an den berufsbildenden Schulen zählen. Die Anfangs getroffene Annahme, dass in Schulformen mit relativ geringwertigen Eingangsvoraussetzungen das aggressive und gewalttätige Schülerverhalten steigt, muss unter den besonderen Bedingungen im Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr differenziert betrachtet werden. Die SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr haben bereits einen Hauptschulabschluss oder einen anderen gleichwertigen Bildungsabschluss

erlangt, aber in den meisten Fällen damit keinen Ausbildungsplatz im dualen System gefunden. Daher kann vermutet werden, dass sie frustrierter an den Schulalltag herantreten und das Gewaltpotential höher als in anderen Schulformen ausgeprägt ist. SchülerInnen, die das Berufsvorbereitungsjahr besuchen, haben bisher keinen Schulabschluss erreicht oder stammen in vielen Fällen aus Schulen für lernbeeinträchtigte oder lernbehinderte SchülerInnen. Bereits in mehreren empirischen Studien wurde festgestellt, dass SchülerInnen aus Förderschulen im Vergleich zu „höheren“ Schulen ein erheblich höheres Gewaltpotential aufweisen (vgl. Meier, 2004, S. 167; Forschungsgruppe Schulevaluation, 1998).

Bei den SchülerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr ist zu beachten, dass die SchülerInnenzahl in den einzelnen Klassen mit Beginn eines Schuljahres sehr gering gehalten wird und sich meist in kürzester Zeit weiter reduziert. Dadurch kann ein individuelles Eingehen auf die Probleme der SchülerInnen ermöglicht werden und aggressivem gewalttätigen Verhalten entgegengewirkt werden.

Im Gegensatz zur physischen Gewalt ist das Auftreten von psychischer Gewalt an berufsbildenden Schulen deutlich häufiger vertreten, wobei die Differenzen zwischen einigen Schulformen signifikant sind.

Während die SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr die Hierarchie des Täterselbstreports mit Hänseleien mit knapp 70 % anführen, folgen im Mittelfeld SchülerInnen aus den Fachoberschulen (50,67 %), dem Berufsvorbereitungsjahr (49,26 %), und den Berufsfachschulen (41,30 %) sowie den Fachgymnasien (39,06 %). Wie bereits bei den körperlichen Gewalthandlungen werden die wenigsten Gewalttaten von SchülerInnen aus den Berufsschulen berichtet. Damit ist festzuhalten, dass psychische Aggressionen deutlich häufiger den Schulalltag an allen Schulformen der berufsbildenden Schulen beherrschen als physische.

Im Vergleich zu psychischen Aggressionen wird Vandalismus relativ wenig verübt. Trotz dessen ist eine eindeutige Hierarchie zwischen den Schulformen zu erkennen. Vandalismus wird relativ von mehr SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr ausgeführt und die geringsten Vorkommnisse sind an den Berufsschulen zu verzeichnen. Zwischen beiden Polen liegen die Auftretungshäufigkeiten vandalistischer Taten in den Berufsfachschulen,

Fachoberschulen, Fachgymnasien und dem Berufsvorbereitungsjahr, wobei zwischen diesen Schulformen die Differenzen sehr gering ausfallen.

4 Am wenigsten sind SchülerInnen aus den Berufsschulen und am häufigsten aus dem Berufsvorbereitungsjahr sowie den Berufsfachschulen Opfer von aggressiven und gewalttätigen Übergriffen.

Bei der Untersuchung der Fragestellung, wie häufig SchülerInnen Opfer von aggressivem und gewalttätigem Verhalten werden, zeigte sich, dass Jungen wie Mädchen häufiger Opfer von verbalen Attacken und psychischem Drangsalieren werden und weniger von physischen Gewaltübergriffen. Ähnlich wie beim Täterselbstreport ist der Unterschied in der Häufigkeit zwischen den Geschlechtern teilweise signifikant, mit der sie angeben, Opfer zu sein. Die Jungen sind nicht nur öfter Ausübende von aggressiven und gewalttätigen Delikten, sondern auch häufiger deren Opfer.

Die häufigste Gewaltform, bei der Mädchen Opfer sind, ist mit 19,40 % das Hänkeln. Dem folgt mit 8,30 % das Belästigen und das unter Druck setzen. Unerwartet ist das Ergebnis, dass Jungen mit einer Häufigkeit von 22,90 % Opfer von Hänseleien sind. Mit einem signifikanten Abstand werden Jungen mit 11,30 % unter Druck gesetzt und mit 8,30 % in der Schule oder auf dem Schulweg belästigt. Gehänkelt zu werden ist also nicht ausschließlich ein Problem der Mädchen, sondern betrifft auch über dem Maß der Mädchen die Jungen. Und wie aus dem Täterselbstbericht zu entnehmen war, sind die Ausführenden dieser psychischen Gewaltform nicht nur Jungen sondern auch Mädchen. So führen 26,40 % der Mädchen und 45,90 % der Jungen diese Gewaltform aus, doch werden beide fast gleich häufig Opfer dieser Gewaltform. Körperlicher und vandalistischer Gewalt unterliegen im Durchschnitt mit 8,30 % über doppelt so häufig Jungen wie Mädchen.

Am wenigsten sind SchülerInnen aus den Berufsschulen und am häufigsten aus dem Berufsvorbereitungsjahr und den Berufsfachschulen Opfer von aggressiven und gewalttätigen Übergriffen. In allen Schulformen werden am häufigsten SchülerInnen Opfer von Hänseleien, wobei SchülerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr 4 Mal häufiger von dieser Gewaltform betroffen sind als in den Berufsschulen. Die restlichen Gewaltformen weisen durchschnittlich in der jeweiligen Schulform immer die gleichen Opferhäufigkeiten auf.

5 Über 58 Prozent aller befragten SchülerInnen beobachteten rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen in den berufsbildenden Schulen.

Im Folgenden wird auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an berufsbildenden Schulen eingegangen. Dabei stellte sich heraus, dass die SchülerInnen mit einer Häufigkeit von insgesamt 58,10 % der Gesamtstichprobe dieses Verhalten in den letzten 12 Monaten mindestens alle paar Monate wahrgenommen haben. Sogar 13,10 % der Probanden haben dieses rassistische und fremdenfeindliche Verhalten mehrmals wöchentlich beobachtet. Mädchen wie Jungen nehmen dieses Verhalten in hohem Maße wahr, Mädchen mit einer Häufigkeit von 58,10 % und Jungen mit 63,50 %. Diese hohe Wahrnehmungshäufigkeit zeigt, wie sensibilisiert beide Geschlechter bezüglich dieser Gewaltform sind.

Bei der Betrachtung hinsichtlich der Schulform fällt auf, dass die beherrschende Hierarchie in den vorangegangenen Abschnitten sich bei dieser Gewaltform nicht widerspiegelt. Zwar wird die Rangfolge vom Berufsgrundbildungsjahr mit einer Wahrnehmungshäufigkeit von 73,40 % angeführt, doch folgt nicht das Berufsvorbereitungsjahr. An zweiter Stelle befinden sich die Fachgymnasien und knapp dahinter die Berufsfachschulen. Am wenigsten werden rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen im Berufsvorbereitungsjahr mit einer Häufigkeit von 45,90 % wahrgenommen. Diese Betrachtung zeigt, dass hier ein besonderer Handlungsbedarf für die berufsbildenden Schulen besteht.

6 „Happy slapping“, die neue Gefahr für die berufsbildenden Schulen.

Eine neue Gewaltform hat die deutschen Schulen erreicht, so auch die berufsbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt. Eine neue Form der expressiven Gewalt, die der Selbstrepräsentation dient, ist das „happy slapping“, das so genannte „fröhliche Schlagen“ (Ehninger et al., 2007, S. 10).

Als „happy slapping“ bezeichnet man im Englischen ironisch die brutalen Überfälle, die mit dem Handy gefilmt werden und für die die Kameraaufnahme oft das einzige Motiv ist. Gewalttätige Jugendliche schwärmen aus auf der Suche nach Opfern, die sie meist grundlos plötzlich angreifen und verprügeln. Anschließend wird das Video in der Schulklasse oder im Internet der Öffentlichkeit präsentiert. Nach dem tätlichen Angriff drohen dem Opfer mit dem Film neben den physischen und psychischen Wunden zusätzlich noch Spott und die Demütigung. Dieser „Trend“ begann vor rund fünf Jahren in Großbritannien und hat

mittlerweile auch die deutschen Klassenzimmer erreicht. In den letzten 12 Monaten haben knapp 30 % der SchülerInnen an den 4 in die Befragung einbezogenen berufsbildenden Schulen Gewalttaten beobachtet, die mit einer Handyvideokamera aufgezeichnet wurden. Dabei haben Jungen mit 37,90 % und die Mädchen mit 19,40 % solche Verhaltensweisen mindestens alle paar Monate wahrgenommen. Diese Ergebnisse traten bei der Frage auf, wie oft SchülerInnen in den letzten 12 Monaten an ihrer Schule beobachtet haben, dass mit dem Handy Gewalttaten aufgezeichnet wurden. Um welche Gewalttaten es sich dabei genau gehandelt hat, wurde nicht weiter eruiert. Insgesamt gaben knapp 20 % der SchülerInnen an, Videos mit gewaltverherrlichenden oder pornografischen Inhalten auf ihrem Handy zu besitzen. Dabei haben diese durchschnittlich 15 Gewaltvideos auf ihrem Handy. Am häufigsten haben SchülerInnen aus dem Berufsgrundbildungsjahr mit 56,30 % und dem Berufsvorbereitungsjahr mit 45,90 % Gewalttaten beobachtet, die mit einem Handy auf Video aufgezeichnet wurden, über zweimal so häufig wie an Berufsschulen. Dabei ist zu beachten, dass das heimliche Aufnehmen von Personen gegen das Gesetz verstößt und die Weitergabe von pornografischen oder gewaltverherrlichenden Filmen an Personen unter 18 Jahren strafbar ist. Durch diesen Sachverhalt ist es möglich, dass die festgestellten Häufigkeiten möglicherweise noch höher ausfallen.

Diese Ausführungen zeigen, dass der Trend aus Großbritannien bereits Einzug in den Schulalltag an berufsbildenden Schulen gehalten hat und die davon ausgehende Gefahr nicht unterschätzt werden darf.

7 Vier geeignete Interventions- und Präventionsprojekte müssen der angespannten Gewaltlage entgegenwirken - Handlungskonzepte zur Gewaltprävention.

Im Land Sachsen-Anhalt werden zahlreiche Projekte zur Gewalt- und Extremismusprävention umgesetzt, die entweder durch die Landesregierung oder ihr nahe stehende Organisationen sowie den jeweiligen berufsbildenden Schulen initiiert werden. Wie der Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz² berichtete, hat sich das langfristig angelegte Programm „Mediation in der pädagogischen Arbeit“, das der Stärkung der Sozial- und Selbstkompetenz der SchülerInnen und damit auch der Prävention diene, etabliert (vgl. Pressemitteilung Nr.: 088/07 der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, 2007).

² Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt von 2002 bis 2010.

Seit dem Schuljahr 2002/03 existiert ein flächendeckendes Angebot zur Ausbildung von Streitschlichtern an Schulen. Sie alle sollen einen Beitrag zu einem gewaltfreien und friedfertigen Umgang leisten. Wie die Ergebnisse der empirischen Studie gezeigt haben, sind dabei einige Schulformen an den berufsbildenden Schulen besonders förderbedürftig. Welche Maßnahmen im Einzelnen in Angriff genommen werden können und sinnvoll sind, ist sicher abhängig von der konkreten Gewaltbelastung der einzelnen Schule und der Schulform. Entscheidend ist die Orientierung auf die Nachhaltigkeit solcher Maßnahmen. Kurzfristig angelegte Aktivitäten aufgrund von gewalttätigen Vorfällen liefern keine grundlegende Veränderung im Gewaltverhalten. Diese Veränderungen benötigen Zeit. Vor allem müssen alle beteiligten Personen der berufsbildenden Schulen einbezogen werden.

Die Gestaltung eines schüler- und berufsorientierten Unterrichts, der durch vielfältigen Einsatz von Sozialformen und Lernorten geprägt ist, muss angestrebt werden. Dabei muss ein angemessenes Verhältnis zwischen kognitiven Inhalten und sozial und emotional relevanten Themen angestrebt werden. Dadurch können die durch die Kultusministerkonferenz festgelegten beruflichen Handlungskompetenzen erreicht werden, die positiven Einfluss auf das Gewaltverhalten nehmen können.

Die Förderung eines guten und stabilen Sozialklimas innerhalb der berufsbildenden Schulen fördert die Gemeinschaft der Schüler und die Entwicklung sozialer Bindungen zwischen ihnen. Ziel ist neben der Konfliktfähigkeit und Toleranz die Entwicklung prosozialer, kooperativer Einstellungen und Handlungen sowie die Vermittlung entsprechender Normen und Werte (vgl. Ehniger, 2007, S. 34).

7.1 Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt wurde im Jahr 2005 das Netzwerk für Demokratie und Toleranz gegründet, welches von der Landeszentrale für politische Bildung koordiniert wird. Unter der Schirmherrschaft des derzeitigen Landtagspräsidenten Dieter Steinecke haben sich zahlreiche Vertreter u. a. aus Parteien, der öffentlichen Verwaltung, Wirtschaft und Schulen zusammengefunden. Ziel dieses Netzwerkes ist es, den Phänomenen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt entgegenzuwirken und weitere Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen für dieses Projekt zu motivieren.

Seit dem Jahr 2007 steht im Mittelpunkt des Netzwerkes die Kampagne „Hingucken! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“, durch die alle zivilgesellschaftlichen Gruppen im Land eine aktuelle Aktionsplattform erhalten. Sie wurde schnell zur Initialzündung, die sich die Landesregierung versprochen hatte und wird durch das Engagement von mehr als 230 Partnern geprägt. Dabei steht „Hingucken!“ für Zivilcourage und Mut im Alltag, für aktive Teilnahme statt Resignation, für Initiative statt Passivität (vgl. Landeszentrale für politische Bildung LSA 2008). „Jeder von uns ist gefordert, sich im Alltag für Demokratie und Toleranz einzusetzen. Das gilt besonders für Schulen und Familien, in denen die Einstellungen von jungen Menschen geprägt werden“, so der Landtagspräsident Dieter Steinecke.

Im Rahmen der Kampagne „Hingucken! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“ wurde an Schulen in Sachsen-Anhalt im November 2007 die Aktionswoche „Respekt!“ mit zahlreichen Workshops durchgeführt.

7.2 Das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“

Die empirische Studie hat gezeigt, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus relativ stark in allen Schulformen der berufsbildenden Schulen Einzug gehalten hat. Hier setzt auch das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an. Die Idee zum Projekt „Schule ohne Rassismus“ entsprang im Jahr 1988 aufgrund des Erstarkens von rechtsradikalen Parteien. Von SchülerInnen und JugendarbeiterInnen in Belgien gegründet, wurde es in vielen Ländern Europas zum Erfolg und 1995 in Deutschland an der ersten Schule eingeführt.

Die Schule ist ein Ort, in dem nicht nur Sach- und Fachkompetenzen, sondern auch soziale Kompetenzen und ethisch-moralische Haltungen entwickelt werden. Hier setzt das Projekt an. Ziel ist es, gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus aktiv vorzugehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft zu leisten. Darüber hinaus wendet es sich gegen alle totalitären und demokratiegefährdenden Ideologien.

7.3 Schulsozialarbeit als Mittel zum Erfolg

Ziel einer erfolgreichen Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen muss es sein, schulische und jugendhilfespezifische Angebote an berufsbildenden Schulen zur Überwindung sozialer Benachteiligungen und individueller Beeinträchtigungen von

Jugendlichen zu vernetzen. Um sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche in berufsbildenden Schulen noch effizienter im Prozess der beruflichen Integration unterstützen zu können, muss gezielt eine Angebotsvielfalt sozialpädagogischer Hilfen bereitgestellt werden. Durch zusätzliche Aktivitäten, die ganzheitlich auf die berufliche und persönliche Situation der Jugendlichen abstellen, ist eine Optimierung der individuellen Chancen der Jugendlichen herbeizuführen. Ausgehend von der Situation auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Nachfrage nach möglichst umfassenden und hohen Qualifikationen sind besonders benachteiligte Jugendliche im Prozess der Berufsfindung auf Hilfen angewiesen, um den Übergang ins Berufsleben erfolgreich gestalten zu können. Eine Unterlassung dieser, kann zu einer gesteigerten Frustration führen, die wiederum in aggressives und gewalttätiges Verhalten umschlagen kann. Besonders SchülerInnen aus dem Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr sind dabei am häufigsten betroffen, wie die empirische Studie gezeigt hat. Durch die Erarbeitung individueller Unterstützungsleistungen können insbesondere für die SchülerInnen die Lebensbewältigungs- und Kommunikationskompetenzen weiterentwickelt werden, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung von beruflichen und persönlichen Anforderungen haben. Die SchülerInnen müssen die Möglichkeit bekommen, sich selbst und „andere“ zu erfahren, sich zu vergleichen, andere Rollen und Verhaltensmuster auszuprobieren und einzuüben. Im täglichen Miteinander muss gelernt werden, zu kritisieren und vor allem Kritik anzunehmen. Gemeinsam werden dadurch neue Wege den SchülerInnen aufgezeigt, um auf Problemsituationen gewaltfrei zu reagieren und miteinander friedlich umzugehen.

Für Sachsen-Anhalt ist anzunehmen, dass derzeit keine Projekte von Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen durchgeführt werden. Obwohl die Ergebnisse der empirischen Studie gezeigt haben, dass an einzelnen Schulformen eine Schulsozialarbeit angebracht ist, um aggressivem und gewalttätigem Verhalten Einhalt zu gebieten. Hier ist die öffentliche Verantwortung aller politischen und gesellschaftlichen Akteure gefordert. Im Rahmen der Berufsschulsozialarbeit sind langfristige Konzepte und verlässliche Programme auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene an den berufsbildenden Schulen, die eine Schnittstelle von allgemein bildenden Schulen, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt bilden, erforderlich, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive und eine existenzsichernde Lebensgestaltung zu ermöglichen. Die kommunale und die Landesjugendhilfeplanung muss vor dem Hintergrund knapper Kassen und regionaler Konzept- und Maßnahmenentwicklungen stärker verzahnt werden.

Der demografische Wandel führt nicht zwangsläufig zu einem reduzierten Bedarf an Angeboten der Berufsschulsozialarbeit. Da eine Verschärfung der Problemlagen benachteiligter Jugendlicher zu erwarten ist, muss die Berufsschulsozialarbeit ausgebaut und spezielle Angebote zur Gewaltprävention und Gewaltintervention geplant und gefördert werden. Vielmehr geht es darum, kreative Lösungen zu finden und durch den Ausbau von vernetzten Hilfen im Übergang von allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung und Berufsvorbereitung, in enger Zusammenarbeit mit den berufsbildenden Schulen und der Wirtschaft, bestehende Defizite zu reduzieren und Synergien zu nutzen.

7.4 Mediation in der schulischen Arbeit

Mediation ist eine junge und wichtige Form der psychologischen Praxis. Der wesentliche Aspekt ist das „Dazwischentreten“ eines neutralen Dritten zwischen zwei Konfliktparteien. Konflikte, die in Streit ausgeartet sind, werden innerhalb eines Gespräches nach klaren Regeln geführt, indem die Streitenden bereit sind, sich zu verständigen. Der Leitgedanke der Mediation ist die Konsensfindung und die autonome Übereinkunft der Kontrahenten, denn diese Methode der Konfliktbearbeitung legt besonderen Wert auf die Herstellung und Erhaltung von Selbstbestimmung aller Beteiligten. Mediation hat in vielen Bereichen der Gesellschaft Anklang gefunden, auch in der Schule. Diese Form der Mediation wird oftmals als Schüler-Streitschlichtung oder Peer-Mediation bezeichnet.

Im Land Sachsen-Anhalt ist die Umsetzung von Mediationsprogrammen an Schulen in den letzten Jahren durch das Kultusministerium gesteuert worden. Anfangs traten verschiedene Initiatoren in Erscheinung, die entsprechende Programme förderten. Aufgrund uneinheitlicher Umsetzung hat das Kultusministerium im Jahr 2001 ein eigenes Programm unter dem Namen „Mediation in der pädagogischen Arbeit an Schulen des Landes Sachsen-Anhalt“ ins Leben gerufen. Das Programm wird in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (LISA) umgesetzt und orientiert sich an dem „Offenbacher Modellprojekt“ von Kurt Faller.

Im Bereich der Intervention stellt sich die Frage, welche Konflikte besonders häufig an der jeweiligen Schule auftreten und welche Interventionen dementsprechend erfolgen sollten. Dabei sollte nachgedacht werden, welche interessenorientierten Bearbeitungsformen es

bereits an der Schule gibt, da diese meist nachhaltiger umgesetzt werden können und von den Konfliktparteien besser angenommen werden.

Im Bereich der Prävention dienen zahlreiche Aktivitäten der Schulen dazu, Projekte in den Klassen zu installieren, die zu einer Verbesserung des Klassenklimas dienen. Dabei ist besonders der Unterricht zu nutzen, da dieser der Kernbereich von Schule ist, um zielgerichtet in zahlreichen Unterrichtsstunden vorhandene Kompetenzen zu nutzen und weiter zu entwickeln. Im Besonderen müssen Soft Skills wie Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit handlungsorientiert im Unterricht verzahnt werden. Sie sind bedeutungsvoll als grundlegende Basis in jedem Unterricht.

Sind die Aktivitäten von Seiten der Schule zu den Bereichen Intervention, Prävention und Kompetenzen abgeschlossen, kommt es darauf an, Überlegungen für die Umsetzung dieser Ideen zu entwickeln. Eine besondere Rolle kommt den Lehrern und Schulleitung zu, die gemeinsam das Schulprogramm umsetzen. In Sachsen-Anhalt werden dazu vom LISA „MultiplikatorInnen für Schulmediation“ ausgebildet, um damit einen „Schneeballeffekt“ zu erreichen. Diese sollen anschließend in ihrem Schulamtsbezirk im Rahmen von Fortbildungen SchülerInnen und LehrerInnen zu Mediatoren ausbilden. Anschließend werden diese den Gedanken der Mediation, konstruktive Konfliktkultur, in die Schulen tragen.

Das Ergebnis der Studie hat aufgezeigt, dass nicht schwerwiegende Gewaltdelikte, wie die massenmediale Berichterstattung suggerieren möchte, im Vordergrund von gewalttätigem und aggressivem Schülerverhalten stehen. Vielmehr werden von den SchülerInnen verbale und nonverbale psychische Aggression frequentiert, die aber nicht minderschwer zu bewerten sind. Denn insbesondere diese Form von Gewalt wird unterschätzt, da sie nicht immer öffentlich wahrgenommen wird. Das Problem der massenmedialen Darstellung basiert darauf, dass keine entsprechenden Primärerfahrungen vorliegen und somit auf die mediale Berichterstattung zurückgegriffen wird. In der heutigen Zeit gilt die massenmediale Berichterstattung als glaubwürdig, also wird geglaubt, was berichtet wird.

Erschreckend ist die Erkenntnis, dass in allen Schulformen der berufsbildenden Schulen eine hohe Fremdenfeindlichkeit herrscht. Hier müssen die berufsbildenden Schulen und das Land Sachsen-Anhalt noch stärker mit geeigneten Maßnahmen der Entwicklung entgegenwirken. Die empirische Studie hat aufgezeigt, dass bei einzelnen Schulformen und Schülergruppen

besonders häufig gewalttätiges Verhalten, vor allem psychische Gewalt, gegenüber anderen SchülerInnen in der Klasse oder der Schule Anwendung findet. Hier muss frühzeitig aufgezeigt werden, dass Gewalt keine Lösung von Konflikten darstellt. Umso mehr muss den SchülerInnen ein Verständnis vom friedfertigen und gewaltfreien Miteinander vermittelt werden.

SchülerInnen aus dem Berufsvorbereitungsjahr und den Berufsgrundbildungsjahren sind besonders häufig von sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen betroffen. Dies spiegelt sich im Gewaltverhalten wieder. Sie müssen daher besonders effizient im Prozess der beruflichen Integration unterstützt werden, um die Optimierung der individuellen Chancen herbeizuführen und somit einen Lebensweltbezug zu schaffen. Jugendliche im Prozess der Berufsfindung und des Berufseinstieges sind auf Hilfen angewiesen, um den Übergang von der Schule ins Berufsleben erfolgreich zu gestalten. Dies kann u. a. durch eine breit angelegte Schulsozialarbeit in den berufsbildenden Schulen erfolgen. Da die Berufsschulsozialarbeit in den zurückliegenden Jahren zum Erliegen gekommen ist, besteht hier für das Land Sachsen-Anhalt entsprechender Handlungsbedarf.

Zu klären bleibt, welchen Einfluss die eingeführten Gewalt- und Interventionsmaßnahmen bereits genommen haben und wie sich das Gewaltverhalten der SchülerInnen in Zukunft entwickeln wird. Die Jugendkriminalitätsstatistik für das Land Sachsen-Anhalt 2007 mit dem Tatort Berufsschule zeigt einen positiven Entwicklungstrend. Im Rückblick auf die vorherigen Statistiken ist zu erwarten, dass sich der Trend unvermindert fortsetzt. Welchen Einfluss die Präventionsprogramme genommen haben, ist offen.

Die bereits eingeführten und erfolgreich etablierten Gewalt- und Interventionsmaßnahmen müssen in der Zukunft noch besser miteinander verzahnt werden, damit Synergieeffekte genutzt werden können. Darüber hinaus können einzelne Präventions- und Interventionsmaßnahmen nicht auf alle berufsbildenden Schulen und Schulformen gleich angewendet werden. Da jede Schule unterschiedlich von Gewaltformen und deren Häufigkeit der Anwendung betroffen ist, muss eine differenzierte Maßnahmenpolitik der Gewaltprävention und –intervention vorgenommen werden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern muss Sachsen-Anhalt noch stärker in eine verbesserte Gewaltprävention und –intervention investieren und die Berufsschulsozialarbeit wieder aufleben lassen, damit die Gewalttaten weiter zurückgehen und sich die SchülerInnen sicher in den berufsbildenden

Schulen füllen. Dabei sind auch die Schulen gefordert, die noch stärker für die Thematik Aggression und Gewalt sensibilisiert werden müssen.

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005). Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. 2005. Bonn, Berlin.

Ehninger, F. et al. (2007). Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt an Schulen. Magdeburg: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Forschungsgruppe Schulevaluation (1998). Gewalt als soziales Problem in Schulen. Untersuchungsergebnisse und Präventionsstrategien. Opladen: Leske und Budrich.

Fuchs, M. et al. (2009). Gewalt an Schulen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klewin, G. & Tillmann, K.-J. (2006). Gewaltformen in der Schule – ein vielschichtiges Problem. In: Heitmeyer, W. & Schröttle, M. (Hrsg.), *Gewalt. Beschreibungen, Analysen, Prävention*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kohlmeyer, K. (2001). Netzwerke in der Jugendberufshilfe. Gestaltungsmöglichkeiten lokaler Kooperation. Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V., Göttingen.

Kriz, J. & Lisch, R. (1988). Methodenlexikon für Mediziner, Psychologen, Soziologen. München: Psychologie Verlags Union.

Landeszentrale für politische Bildung LSA - Information zur Kampagne „Hingucken! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“ <<http://www.sachsen-anhalt-guckt-hin.de/>> (15.8.2008).

Meier, U. (2004). Aggressionen und Gewalt in der Schule. Münster: Lit Verlag.

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, Pressemitteilung Nr. 088/2007: Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz berichtet über Aktivitäten zur Gewalt- und Extremismusprävention an Schulen <www.asp.sachsen-anhalt.de/presseapp/data/mw/2007/088_2007.htm - 5k> (05.04.2008).

Tillmann, K.-J. et al. (1999). Schülergewalt als Schulproblem: Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven. Weinheim, München: Juventa.